

Die Struktur des Basler Grossen Rates von 1875 bis 1914 nach politischer Parteizugehörigkeit und sozialer Schichtung. Erster Teil

Autor(en): **Lüthi, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **62 (1962)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-117361>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Struktur des Basler Großen Rates von 1875 bis 1914 nach politischer Parteizugehörigkeit und sozialer Schichtung

Erster Teil

von

Walter Lüthi

Fragestellung

Erstmals im Jahre 1905 veröffentlichte das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt eine Statistik der Großratswahlen. Auch über die beiden folgenden Großratswahlen von 1908 und 1911 gab es eine Statistik heraus; für die drei nächsten Wahljahre begnügte es sich mit einer ganz kurzen Betrachtung und einigen Tabellen¹. Erst seit dem Erscheinen des Statistischen Jahrbuches des Kantons Basel-Stadt (der erste Band betraf das Jahr 1921) wurden alle Wahlen im Kanton Basel-Stadt regelmäßig statistisch bearbeitet. Nach den Großratswahlen von 1929 reichte L. Roulet folgenden Anzug ein: «Der Regierungsrat wird eingeladen, das Statistische Amt zu beauftragen, die Beteiligung an den letzten Großratswahlen statistisch zu bearbeiten, damit festgestellt wird, welche Kreise der Stimmberechtigten an den Wahlen nicht teilnehmen. Diese Statistik soll sich namentlich auch über den Beruf und das Alter der Stimmberechtigten erstrecken.» Der Anzug wurde dem Regierungsrat überwiesen. Die Untersuchungen, welche das Statistische Amt 1933 vorlegte, bezogen die Nationalrats- und die Bürgerratswahlen ein und stellten die Ergebnisse der vorausgegangenen Proporzwahlen (seit 1905) zum Vergleich zusammen².

Die letzte derartige Untersuchung galt den Großratswahlen von 1950. Sie nahm die früheren Fragestellungen auf und ergänzte sie durch zwei neue³.

Alle diese Arbeiten befaßten sich mit der Wahlberechtigung, der Wahlbeteiligung, den Wahlvorschlägen, den Wahlergebnissen. Für

¹ Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 5, 13, 14, 24; Statistische Vierteljahresberichte des Kantons Basel-Stadt, April-Juni 1914, 1917, 1920.

² O. H. Jenny, Die Wahlen im Kanton Basel-Stadt nach dem Proportionalwahlverfahren, Mitteilung ... Nr. 54, Basel, 1933.

³ Walter Kull, Die Großratswahlen vom 11./12. März 1950, Mitteilung Nr. 69, Basel, 1951.

die Wahlen von 1932 gliederte der Bearbeiter gemäß der Forderung des Anzugstellers die Wählenden nach Heimat, Alter, Beruf und sozialer Stellung; nach den Wahlen von 1950 wurden erstmals die Einzugsgebiete der Wahllokale untersucht und Zusammenhänge zwischen der sozialen Schichtung der Wählerschaft und den Parteistärken aufgedeckt.

Gegenstand der Untersuchungen waren ausschließlich die Wähler; nach den Gewählten fragte niemand. Ausdrücklich erklärte O. H. Jenny: «Eine Statistik der Gewählten kann es beim Proportionalwahlverfahren überhaupt nicht geben, da sie wegen des Nachrückens, das in kantonalen und städtischen Parlamenten sehr häufig ist, doch nur für die Zeit unmittelbar nach der Wahl gelten würde. Es könnte also eigentlich nur eine Statistik der Kandidaten in Frage kommen. Dabei darf man sich aber doch auch fragen, ob es angezeigt ist, die persönlichen Verhältnisse, wie Alter, Beruf, Heimat, Geburtsort, vielleicht noch Konfession und anderes mehr, eines verhältnismäßig kleinen Personenkreises ins grelle Rampenlicht der Statistik zu zerren. Für den Kenner bilden solche Zahlen kein Hindernis zu persönlichen Kenntnisnahmen mehr, und mit Ausnahme vielleicht der Altersgliederung eines neugewählten Rates haben solche Zusammenstellungen auch keinen Wert. Die Basler Wahlstatistik verzichtet daher auf eine Statistik der Gewählten⁴.»

Anderer Ansicht waren die Bearbeiter der Nationalratswahlen. Die erste ausführliche Bearbeitung «Statistik der Nationalratswahlen 1919, 1922, 1925 und 1928⁵» untersuchte außer den Wählern und den Wahlergebnissen die Gewählten. Der Abschnitt «Die Statistik der Gewählten» legte die religiöse Gliederung, die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat, den Altersaufbau und die Berufsgliederung des 1928 gewählten Nationalrats fest. Alle folgenden Bearbeitungen der Nationalratswahlen führten diese Kategorien fort.

Für eine Bearbeitung der Großratswahlen im Zeitraum von 1875 bis 1914 konnte es sich nicht darum handeln, die Wählerschaft zu untersuchen; denn das Material, Stimmrechtsausweise und Stimmzettel, ist nicht mehr vorhanden. Gegenstand unserer Arbeit waren vorwiegend die Gewählten, das Hauptziel somit eine Soziologie des Großen Rates. Wir haben festzustellen versucht, wie sich die Gliederung des Großen Rates in diesen vierzig Jahren wandelte und wie sich die Bevölkerungszunahme in der Zusammensetzung des Großen Rates widerspiegelte.

⁴ Jenny, a. a. O. S. 6.

⁵ Schweizerische Statistische Mitteilungen, XI. Jahrgang, 1929, 1. Heft, Bern, 1929, S. 52* ff.

Einige Hinweise sollen die Veränderungen andeuten, die sich zwischen 1875 und 1914 in Stadt und Kanton vollzogen.

In diesen Jahren wuchs die Bevölkerung sprunghaft an. 1835, nach der Kantonstrennung, wurden 23 254 im Kanton Basel-Stadt Wohnende festgestellt; die eidgenössischen Volkszählungen ergaben folgende Zahlen:

	Stadt	Kanton
1. Dezember 1870	44 122	47 040
1. Dezember 1880	60 177	63 810
1. Dezember 1888	69 809	73 749
1. Dezember 1900	109 161	112 227
1. Dezember 1910	132 276	135 918
1. Dezember 1920	135 976	140 708

Die Bevölkerung Basels hat sich also zwischen 1875 und 1914 ungefähr verdreifacht.

Der Ausbau der chemischen Industrie, die großen öffentlichen Bauten, Postgebäude, Bahnhöfe, Brücken, Straßen, brachten viele Tausende aus den schweizerischen und deutschen Nachbargebieten nach Basel. Karl Bücher hat in der Bearbeitung des Volkszählungsmaterials von 1888 die Zuwanderung untersucht und festgestellt, daß, bezogen auf die Bevölkerungszahl der Auswanderungsgebiete, über 20% aus den drei Landgemeinden des eigenen Kantons, über 10% aus dem Gebiet von Waldenburg-Sissach, 2-10% aus dem übrigen Baselbiet und den Kantonen Aargau und Solothurn und dem Schwarzwald, 5-10‰ aus dem Kanton Bern, vom Bodensee, aus dem Gebiet von Lahr-Nagold und von Mülhausen zugewandert waren. Leider haben sich die Bearbeiter der folgenden Volkszählungen nicht mehr mit dieser Frage beschäftigt. Es bleibt einer späteren Untersuchung vorbehalten, die Zuwanderung im ganzen von uns betrachteten Zeitraum aufzuzeigen.

Mit dem Anwachsen der Bevölkerung veränderte sich ihre bürgerrechtliche, konfessionelle, soziale und politische Gliederung. Gewaltig nahmen die Zahlen der Ausländer und der niedergelassenen Schweizerbürger, gewaltig aber auch die Einbürgerungen zu, und stark wuchs der Anteil der Katholiken an. Gründlich veränderte sich die soziale Schichtung: Der Anteil der Selbständigerwerbenden fiel von 35,5% im Jahre 1874 auf 22,9% im Jahre 1911 zurück, der Anteil der Hilfs- und der Berufsarbeiter stieg im gleichen Zeitraum von 37,1% auf 47,6%.

Die wiederholt auftretenden Stockungen im Absatz der Exportgüter und das Wachstum der Arbeiterschaft führten zu scharfen sozialen Auseinandersetzungen. In den harten Wintern der neun-

ziger Jahre sammelten private Hilfskomitees für die hungernden Arbeitslosen und ihre Angehörigen. 1885 begannen die Streike um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Anfänglich belegte das Polizeigericht die Streikenden wegen Arbeitsniederlegung ohne vorangegangene Kündigung als Kontraktbrüchige mit Geldbußen und Haftstrafen, aber 1891 erklärte der Bundesrat diese Auslegung des eidgenössischen Fabrikgesetzes als unzulässig. 1903 setzte mit dem Maurerstreik das eigentliche Kräftemessen zwischen der Arbeitgeberschaft und den Arbeitern ein; 1905 zum Beispiel schloß der Meisterverband die Bauplätze. Die Regierung bot wiederholt – erstmals 1903 – Truppen auf, was die Streikenden zu heller Wut reizte, und vermittelte in dornigen Verhandlungen.

Das Wachstum der Bevölkerung, die Erweiterung der Industrieanlagen, die Zunahme des Verkehrs stellten die Stadt nach der Jahrhundertmitte vor gewaltige Bauaufgaben⁶. Zuerst wurden die Befestigungen abgetragen und die neuen Quartiere vor den ehemaligen Toren mit der Innerstadt verbunden. Nach 1875 drängten die Bewohner der betroffenen Viertel auf die Korrektur des Birsigs, die Schaffung der Kanalisation, die Innerstadt-Korrektur, den Bau einer zweiten Rheinbrücke. Viele den alten Baslern vertraute Bauten und Straßenzüge wurden abgebrochen, zum Beispiel die Allerheiligenkapelle, die Liegenschaften an der Sporengasse. 1879 konnte man die Wettsteinbrücke, 1882 die Johanniterbrücke, 1905 die neue Mittlere Brücke einweihen; bis 1891 wurden der Marktplatz erweitert, Post und Rathaus umgebaut und der Centralbahnhof tiefergelegt. Da nun die Elsässerbahn und die Badische Bahn nicht mehr durch offene Felder, sondern durch Wohnviertel führen, mußten die Elsässerlinie verlegt und der neue Badische Bahnhof erstellt werden. Mit dem Jahr 1895 begann der Staat Straßenbahnen zu bauen, um die äußeren Quartiere mit der Innerstadt zu verbinden. Die Errichtung des Kraftwerkes Augst schloß die sehr langsame Umstellung auf den elektrischen Strom ab.

Untersuchungsverfahren

Die Soziologen, welche am Gegenwartsbeispiel einer Gemeinde Beziehungen zwischen den Stimmberechtigten und den Gewählten untersuchen, legen den Beteiligten aufgrund eines Fragebogens eine Anzahl Fragen vor. Sie stellen die soziale und geographische

⁶ Rudolf Kaufmann, Die bauliche Entwicklung der Stadt Basel, 127. Neu-jahrsblatt, Basel, 1949, S. 85 ff.

Mobilität fest, d. h. sie klären die Auswirkungen ab, die daraus erwachsen, daß die Befragten eine andere soziale Stellung und einen anderen Beruf innehaben und an einem anderen Ort wohnen als ihre Väter und Großväter.

Wenn der Historiker mit soziologischen Untersuchungsmethoden an die Vergangenheit herantritt, stößt er auf Schwierigkeiten. Die Stimmberechtigten und die Wählenden bleiben für ihn eine ungegliederte Masse. Während der Statistiker, der kürzliche Wahlergebnisse bearbeitet, anhand der Stimmrechtsausweise und Wahllisten die Wählenden feststellen und nach Alter, Beruf, sozialer Stellung, Konfession, Wohnort gruppieren kann, steht dem Historiker kein solches Material zur Verfügung. Von den vor jeder Großratswahl erstellten Verzeichnissen der Wahlberechtigten ist im Staatsarchiv einzig das Verzeichnis des Riehenquartiers aus dem Jahre 1890 vorhanden⁷.

Als einzige Grundlage für eine historische Untersuchung liegen die Bearbeitungen der eidgenössischen Volkszählungen vor⁸. Aus deren Tabellen läßt sich ersehen, in was für Berufe, nach welcher sozialen Stellung, nach welcher Konfession, in welche Altersgruppen sich die Wohnbevölkerung gliederte. Die Wohnbevölkerung, aber nicht die Stimmberechtigten: Basler und niedergelassene Schweizer sind mit Aufenthaltern und Ausländern, jugendliche Berufstätige mit Erwachsenen zusammengezählt.

Vergleiche sind außerordentlich erschwert, weil die Tabellen nicht durchgehend nach übereinstimmenden Voraussetzungen erstellt worden sind. Zum Beispiel wurden in den vier Volkszählungen von 1870 bis 1900 die Christkatholiken mit den Römisch-Katholischen zusammengezählt; erst 1910 erschienen zwei getrennte Rubriken. Oder: Die konfessionelle Zusammenstellung nach Quartieren hielt bis 1910 nur die am Zählungstag Anwesenden fest, erst die Zählung von 1910 fügte noch die Angaben für die Wohnbevölkerung bei. Mit der Verfeinerung des Erhebungsverfahrens wurden neue Sozialkategorien geschaffen. 1870 genügte die Zweiteilung: Selbständiger und unselbständiger Erwerb, 1880 erschienen vier Gruppen: Selbständige Beruftreibende, angestellte Kommis, angestellte Berufsleute, untergeordnetes Hilfspersonal. Von

⁷ Staatsarchiv Basel, Räte und Beamte A 4, Wahlen in den Großen Rat, 1890.

⁸ Hermann Kinkelin, Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt am 1. Dezember 1870, Basel, 1872; Hermann Kinkelin, Die Bevölkerung ... am 1. Dezember 1880, Basel, 1884; Karl Bücher, Die Bevölkerung ... am 1. Dezember 1888, Basel, 1890; Stephan Bauer, Die Bevölkerung ... am 1. Dezember 1900, Basel, 1905; O. H. Jenny, Die Bevölkerung ... am 1. Dezember 1910, Basel, 1914, 15, 17.

1888 bis 1910 wurden fünf Kategorien geführt; während die ersten beiden übereinstimmten (selbständige Berufstätige und oberes technisches und kaufmännisches Personal), verschoben sich die Grenzen der übrigen Gruppen. 1888 bis 1900 erschienen neben den berufsmäßig ausgebildeten Arbeitern zwei verschiedene Gruppen Hilfsarbeiter, 1910 eine Gruppe Büro-, Laden- und mittleres technisches Personal, eine Gruppe gewerblicher Berufsarbeiter und schließlich eine Gruppe Hilfsarbeiter, Ausläufer und Abwarte. Es ist offensichtlich, daß vor allem die kaufmännischen Angestellten, aber auch die Arbeiter wechselnd mit anderen Berufsgruppen zusammengezählt wurden und nachträglich nicht mehr zu sondern sind. Am Beispiel der Professoren und Lehrer zeigt sich deutlich die schwankende Zuordnung – und auch die sinkende Wertschätzung. 1870 und 1880 wurden die Professoren und Lehrer zu den selbständig Erwerbenden gezählt, 1888 und 1910 galten sie als oberes technisches und kaufmännisches Personal, 1900 als berufsmäßig ausgebildete Arbeiter!

Für unsere Fragestellungen wiesen die Tabellen eine große Lücke auf. Einzig aus dem Jahre 1870 liegen Zahlen darüber vor, wie sich die Quartiere nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf gliederten. Wir jedoch suchten gerade Beziehungen zwischen der Quartierbevölkerung und ihren Vertretern im Großen Rat festzustellen. Diese beiden Mängel, die schlechte Vergleichbarkeit der Tabellen und das Fehlen der Quartierauskünfte, führten uns dazu, ein weiteres Hilfsmittel beizuziehen: die Adreßbücher. Wir wählten fünf Jahrgänge aus, die nahe bei entscheidenden Großratswahlen und auch nahe bei Volkszählungs-Jahren lagen, so daß es möglich war, die Ergebnisse mit den Ergebnissen der Volkszählungen zu vergleichen und dadurch zu sichern. Auch sollten die Zwischenräume einigermaßen ausgeglichen sein. Da für 1875 kein Adreßbuch erschienen war – sie erschienen erst von 1883 an regelmäßig jedes Jahr –, wählten wir als erstes das von 1874; die folgenden Erhebungsjahre waren 1883, 1889, 1901, 1911.

Natürlich konnten wir nicht alle angeführten Bewohner heraus-schreiben; wir begnügten uns mit einem Stichprobenverfahren, und zwar zählten wir die Adressen systematisch, d. h. mit zufälligem Start und gleichbleibendem Abstand aus (1874 jede dritte, 1883 jede vierte, 1889 jede fünfte, 1901 jede achte, 1911 jede elfte Adresse). Von den auf diese Weise Ausgewählten strichen wir die Frauen; so ergaben sich für jede Zählung etwas über 3000 Männer. Da die Gesetze die Quartiergrenzen bis auf die einzelnen Hausnummern festgelegt hatten, konnten wir die Ausgewählten mit Sicherheit den Quartieren zuweisen. Schwierigkeiten boten hingegen die Berufs-

bezeichnungen. Wenn zwei Berufe angegeben waren, werteten wir den ersten, weil die zweite Angabe meist den Beruf der Ehefrau bedeutete. Die Stellung im Beruf legten wir so fest, daß Kaufleute als Selbständigerwerbende, Kommiss als mittleres Personal, Handwerker, zum Beispiel Bäcker, Mechaniker, als Berufsarbeiter und die Handwerksmeister, also Bäckermeister, Tapezierermeister, als Selbständigerwerbende einzureihen waren.

In Zweifelsfällen gaben oft das Rationenbuch und das Firmenverzeichnis (Anhang zum Adreßbuch) klare Auskunft; manchmal mußten wir nach eigenem Ermessen entscheiden.

Schließlich war noch die Ungenauigkeit zu berücksichtigen, die durch das Stichprobenverfahren entstand.

Die Prozentzahlen, die wir angeben, sind nicht als absolute Werte aufzufassen. Bei der zugrunde gelegten Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% ($P = 0,95$) schwanken die richtigen Werte jeweils zwischen zwei nicht sehr weit auseinanderliegenden Zahlen. So gelten zum Beispiel für die Prozentzahlen des Jahres 1874 folgende Fehlergrenzen:

	Hilfs- arbeiter	Berufs- arbeiter	Mittlere An- gestellte	Obere An- gestellte	Selb- ständig- erwerb- ende	Ohne Beruf	Total
Grundzahlen	641	538	621	212	1129	34	3179
Prozentzahlen	20,2	16,9	19,5	6,7	35,5	1,2	100
Fehler- grenzen	19,1 21,3	15,8 18,0	18,4 20,6	6,0 7,4	34,1 36,9		

Am Schluß müssen wir noch darauf hinweisen, daß wir nur die städtischen Wahlkreise erfaßt haben. Bis zum Jahre 1911 enthalten die Adreßbücher kein Einwohnerverzeichnis der Gemeinde Riehen. Deshalb verzichteten wir auf eine Erhebung in den Landgemeinden. Das ist keine große Einbuße, da der Bevölkerungsanteil der Landgemeinden, an der Gesamtbevölkerung gemessen (1874: 6,2% und 1910: 2,7%), nicht ins Gewicht fällt.

Nach welchen Grundsätzen wir die Großräte ausgewählt haben, werden wir an anderer Stelle darlegen. Hier sei nur über das Arbeitsverfahren Aufschluß erteilt.

In den Wahlaufrufen der Parteien und der vor den Wahlen gebildeten Vereinigungen⁹ sowie in den Wahlempfehlungen, die ein-

⁹ Staatsarchiv Basel, Räte und Beamte A 4, Wahlen in den Großen Rat.

zelle Bürger in den Zeitungen erscheinen ließen, konnten die Großratskandidaten und in den amtlichen Wahlprotokollen¹⁰ die Gewählten festgestellt werden. Auch die Verzeichnisse der Behörden und Beamten führten die Mitglieder des Großen Rates auf; da sie jedoch meistens für das Jahr nach der Wahl erstellt wurden, nannten sie zum Teil Männer, die nach Ersatzwahlen in den Großen Rat gelangt waren.

Im Joneli-Archiv¹¹ sind Notizen Hans Jonelis aufbewahrt, die wir haben benützen können. Joneli hat in blauen Heften die Amtsdauer der Großräte aufgezeichnet. Diesen Notizen konnten wir die Wahljahre auch der vor 1875 gewählten Großräte entnehmen, was uns ermöglichte, die Amtsdauer auch der älteren Ratsmitglieder auszurechnen.

In den Wahlaufrufen wurde zum Teil der Beruf, manchmal nur der militärische Grad dem Namen beigefügt; gelegentlich fand sich nur die Initiale des Vornamens. Die Berufe ließen sich aus den Adreßbüchern ergänzen; Geburts- und Todesdatum und Konfession mußten mühsam zusammengesucht werden¹².

Dem Vereinsverzeichnis der Adreßbücher entnahmen wir die Vorstände (Präsident, Vizepräsident, Sekretär, Kassier) der politischen Vereine, den Verzeichnissen der Behörden und Beamten die Mitglieder der bürgerlichen und kirchlichen Behörden und der Gerichte. Die Militärakten des Staatsarchivs und die Offiziersetats des Kreiskommandos gaben Auskunft über die Grade der kantonalen und der eidgenössischen Offiziere; schließlich schrieben wir aus den im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv aufbewahrten Jahresberichten die Verwaltungsräte heraus. Ergänzungen boten die im Staatsarchiv gesammelten Leichenreden.

Wir verzichteten darauf, die Mitgliedschaft der Großräte in Zünften und geselligen Vereinen zu untersuchen. Die Zünfte verloren mit der Verfassung von 1875 ihre politische Bedeutung als Wahlzünfte und auch ihre wirtschaftlich-soziale Aufgabe. Stichproben ergaben, daß die Basler aus altem Bürgergeschlecht und im allgemeinen auch die Neubürger zuerst einer Zunft beitraten und nachher in den Großen Rat gewählt wurden. Die Mitgliederverzeichnisse der Zünfte sind jedoch nicht vollständig und die der Vereine nur in unbedeutenden Bruchstücken vorhanden; deshalb lohnte es

¹⁰ Verzeichnis der Behörden und Beamten des Kantons Basel-Stadt sowie der Schweizerischen Bundesbehörden.

¹¹ Staatsarchiv, Privataarchiv 417 L, Heft 1, Dauergroßräte.

¹² Basler Zivilstandsamt: Familienregister, Totenregister A; Basler Kontrollbüro: Bürgerrodel, Straßenregister, Bürgerregister, Register der niedergelassenen Schweizer, Bürgerregister von Kleinhüningen, Riehen, Bettingen.

sich nicht, die bereits weitläufigen Nachforschungen auf Gebiete auszudehnen, deren Material nicht genügend erschließbar ist¹³.

Ergebnisse

1. Die Grundlagen der Großratswahlen

a) Verfassungen und Wahlgesetze

Am 9. Mai 1875 wurde die neue Verfassung des Kantons Basel-Stadt bei 7355 Stimmberechtigten mit 3430 Ja gegen 786 Nein angenommen. Damit hatte die große Mehrheit der Stimmenden der Einführung der Volksrechte zugestimmt, wie sie bereits in der Bundesverfassung von 1874 vorgezeichnet waren, der Initiative und dem fakultativen Referendum. Das jahrhundertealte Ratsherren-Regiment wurde abgelöst durch einen aus sieben Mitgliedern bestehenden, besoldeten Regierungsrat, der vom Großen Rat zu wäh-

¹³ Diese Untersuchungen sind nicht vom Verfasser allein, sondern von einer Arbeitsgruppe bewältigt worden. Dr. Alfred Müller sah die Vereinsverzeichnisse, die Mitgliederverzeichnisse der richterlichen, bürgerlichen und kirchlichen Behörden durch; Dr. Emil Dickenmann bearbeitete das Familien- und das Totenregister des Zivilstandsamtes, die Akten des Kontrollbüros, die Militärakten und die Geschäftsberichte der industriellen Unternehmungen. Er errechnete auch die Parteistärken für die Wahljahre 1875, 1878, 1884, 1890, 1896 und 1902. Dr. Samuel Fasler, früher Adjunkt am Statistischen Amt Basel-Stadt, zählte die Adreßbücher aus und erstellte die Quartiertabellen zur sozialen Schichtung. Er errechnete die Regressions- und Korrelations-Koeffizienten für die Wahljahre 1905 und 1911 und zeichnete die zugehörigen Graphiken. Die Angaben über die Mitgliedschaft sozialdemokratischer Großräte in Vereinen und Verbänden stammen von Dr. Wilfried Haerberli.

Finanziell ermöglicht worden sind diese sehr zeitraubenden Nachforschungen durch Beiträge des Schweizerischen Nationalfonds (1958–1961), der Stiftung für wirtschaftswissenschaftliche Studien an der Kantonalbank und der interkantonalen Lotteriegemeinschaft (1962–1964). Eine große Entlastung hat die Regierung des Kantons Basel-Stadt geboten, indem sie einen Teil der Stellvertretungskosten der im Schuldienst entlasteten Mitarbeiter übernahm und stellenlose Kaufleute zur Verfügung stellte. Dem Regierungsrat und allen Institutionen sei an dieser Stelle der verbindliche Dank dafür ausgesprochen, daß sie die Untersuchung ermöglicht haben.

Angeregt und gefördert worden ist die Arbeit von Professor Erich Gruner. Er hat mit einigen Historikern eine Arbeitsgruppe zur Erforschung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Schweiz im allgemeinen, in Bern und in Basel im besonderen gegründet. Die vorliegende Soziologie des Basler Großen Rates bildet einen Teil der Untersuchungen über die politischen Parteien Basels in ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen.

len war. Der Große Rat selber war nach einem gegenüber früher stark vereinfachten Majorzsystem zu bestellen.

Nach der Kantonstrennung hatte die Verfassung vom 3. Oktober 1833 bestimmt:

Von den 119 Mitgliedern werden gewählt:

– je 2 durch die 18 Wahlzünfte	= 36
– je 15 durch die 5 Bezirksversammlungen im Stadtbezirk	= 75
– durch die gemeinsame Bezirksversammlung der 3 Landgemeinden	8
	<hr/> 119

Die Amtsdauer wurde auf 6 Jahre festgesetzt, wobei jedoch alle 2 Jahre ein Drittel neu zu wählen war.

Eine bloß geringe Änderung des Wahlverfahrens brachten die beiden Verfassungen von 1847 und 1848. Die 134 Mitglieder des Großen Rates wurden gewählt:

– je 2 durch die 18 Wahlzünfte	= 36
– durch die 8 Quartiere der Stadt	48
– durch die 3 Landgemeinden	4
– je 8 durch die 5 Wahlkollegien der Stadt	= 40
– durch das Kollegium des Landbezirks	6
	<hr/> 134

Erneuerungswahlen fanden nur noch alle 3 Jahre statt, wobei jeweils die Hälfte des Großen Rates neu zu wählen war.

Einschneidend wirkten sich die Vorschriften der Bundesverfassung auf die Stimm- und Wahlfähigkeit aus. Während die 33er Verfassung nur Kantonsbürger, und sogar erst vom zurückgelegten 24. Altersjahr an, zuließ und Dienstboten ausschloß, wurden 1848 die Bürger schon mit dem zurückgelegten 20. Altersjahr wahlberechtigt. Die Niedergelassenen durften wählen, wenn sie seit 2 Jahren die Niederlassungsbewilligung besaßen. Wahlfähig waren alle mindestens 24jährigen Schweizer Bürger, immer noch ausgenommen Dienstboten und Abwarte.

Umständlich war das Wahlverfahren. An einem Sonntag fanden die Wahlen auf den Zünften statt, an den folgenden Tagen wählten die Quartiere, jedes zu einem anderen Zeitpunkt, aber während der Arbeitszeit. An den Werktagen der folgenden Woche hatten die Wahlkollegien zu wählen. Da es vielen Arbeitern Schwierigkeiten bereitete, während der Arbeitszeit ihr Stimmrecht auszuüben, wurde das Verfahren schrittweise vereinfacht. Von 1867 an wählten

nur noch die Wahlkollegien an Werktagen, 1873 wurden sämtliche Wahlen auf zwei aufeinanderfolgende Sonntage verlegt. Die zeitliche Staffelung behielten die Behörden bei, um Doppelwahlen und damit Nachwahlen zu vermeiden.

Die Verfassung von 1875 übernahm vom bisherigen Verfahren die Quartierwahlen. Sie legte in Artikel 25 fest: «Die Mitglieder des Großen Rats werden von der Stadt und den einzelnen Landgemeinden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerung gewählt. In der Stadt finden die Wahlen nach Quartieren, auf dem Lande nach Gemeinden statt. Die Gesetzgebung bestimmt das Nähere über die Wahlart und setzt die Zahl der Großräte für die einzelnen Quartiere der Stadt und für die Landgemeinden fest; diese Zahl unterliegt nach jeder Volkszählung einer Revision.»

Stimm- und wahlberechtigt waren alle in ihrer Heimatgemeinde wohnenden Kantons- und alle seit 3 Monaten niedergelassenen Kantons- und Schweizerbürger und die durch Bundesgesetz dazu berechtigten Aufenthalter. Dieses Bundesgesetz kam nie zustande. Am Tage nach der Volksabstimmung über die Verfassung legte der Große Rat fest, daß der neue Große Rat am Sonntag, den 30. Mai, zu wählen sei. Damit hatte das sich über 2 Wochen erstreckende Wahlverfahren sein Ende gefunden.

b) Die Wahlquartiere

Die Quartiereinteilung übernahm der Großratsbeschluß stillschweigend vom alten Stadtreghment. Nach der Volkszählung von 1880 schlug die Regierung dem Großen Rat die Teilung des unverhältnismäßig großen Bläsiquartiers in zwei Wahlquartiere vor: 1881 lehnte die gesetzgebende Behörde den Antrag ab, stimmte ihm aber 1883 zu¹⁴.

Die neue Kantonsverfassung vom 2. Dezember 1889 ergänzte den bisherigen Artikel 25 als neuen Artikel 31 folgendermaßen: «Die Einteilung der Stadt in Quartiere wird durch die Gesetzgebung geregelt. . . » und durch den Schlußsatz: «Jedoch hat jede Landgemeinde das Recht auf ein Mitglied.» 1892 beschloß der Große Rat eine neue Quartier-Einteilung. Ihre Grundgedanken waren möglichste Übereinstimmung der Quartiere nach der Volkszahl und natürliche, leicht erkennbare Quartiergrenzen. Aus dem Stadtquartier und aus den im Zentrum auslaufenden Zipfeln der fünf anderen Großbasler Quartiere wurden das Münster- und das Petersquartier gebildet. Vorgesehen war, die beiden Quartiere spä-

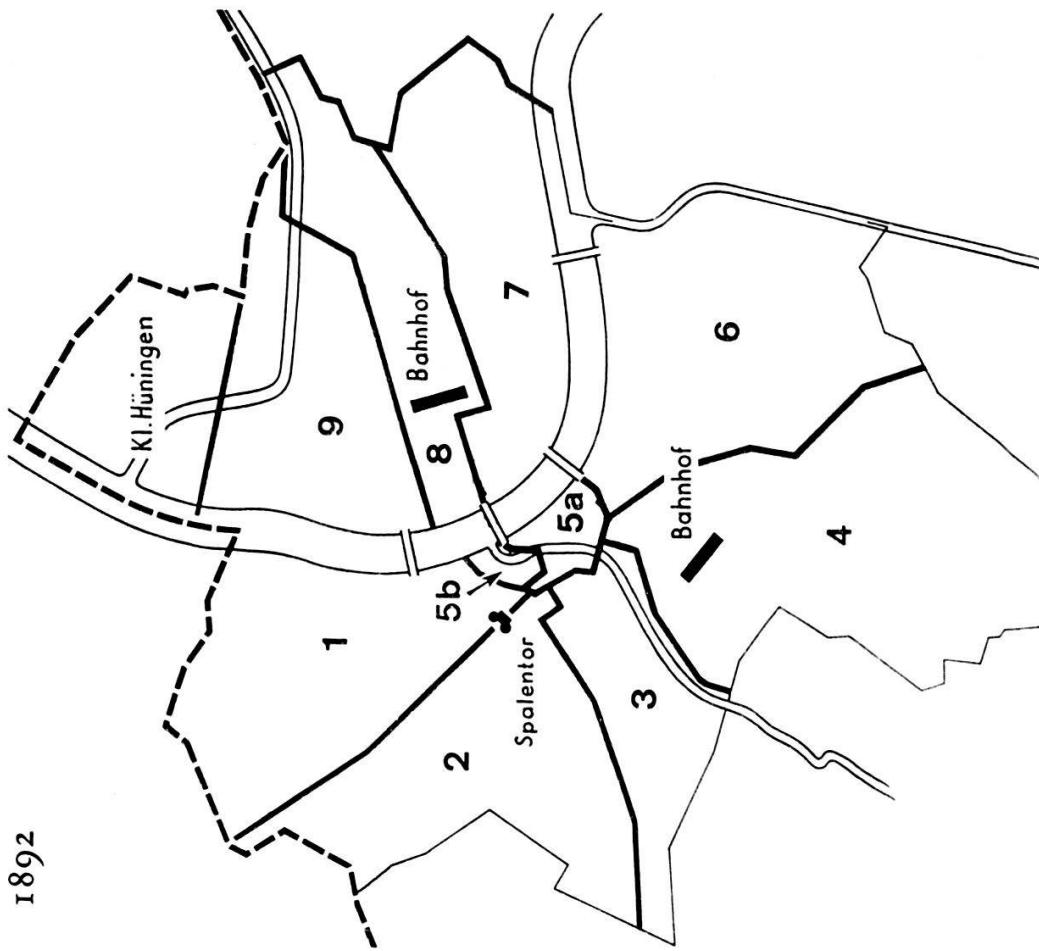
¹⁴ Antrag des Regierungsrates vom 9. Februar 1881.

Wahlquartiere der Stadt Basel

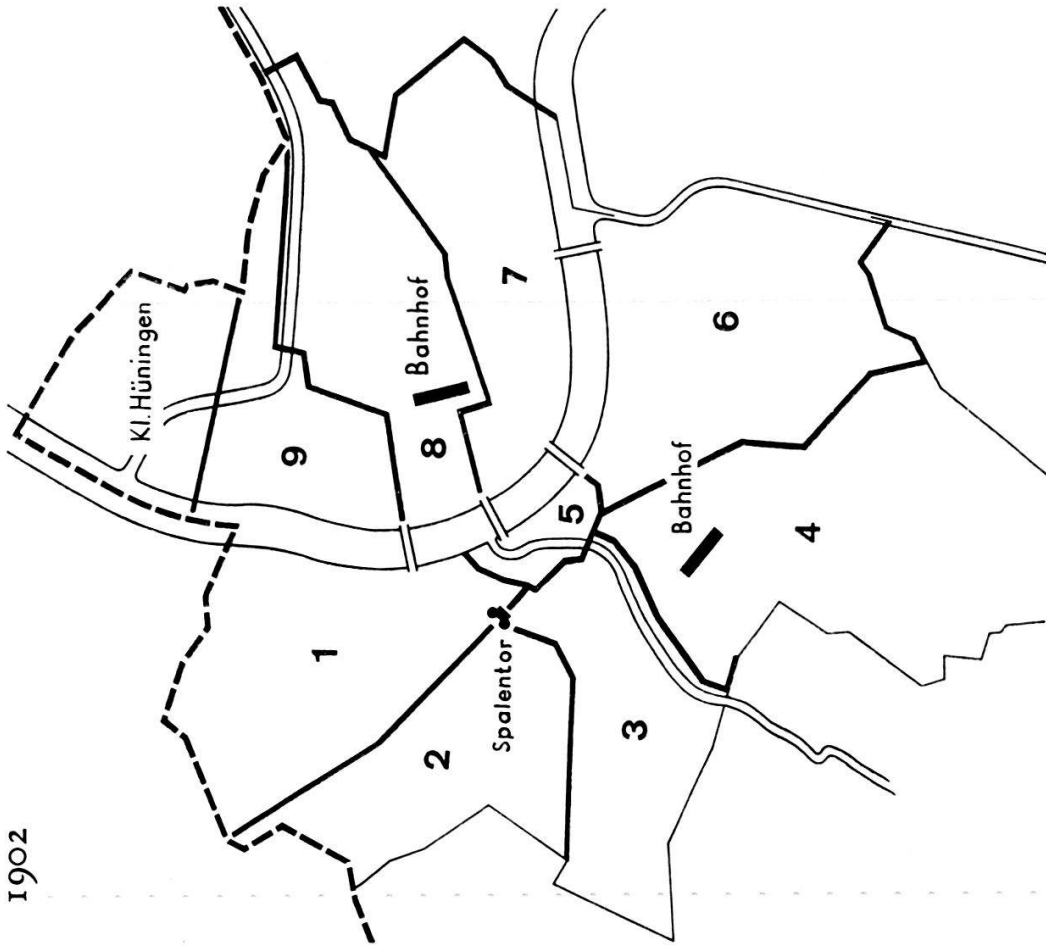
1875



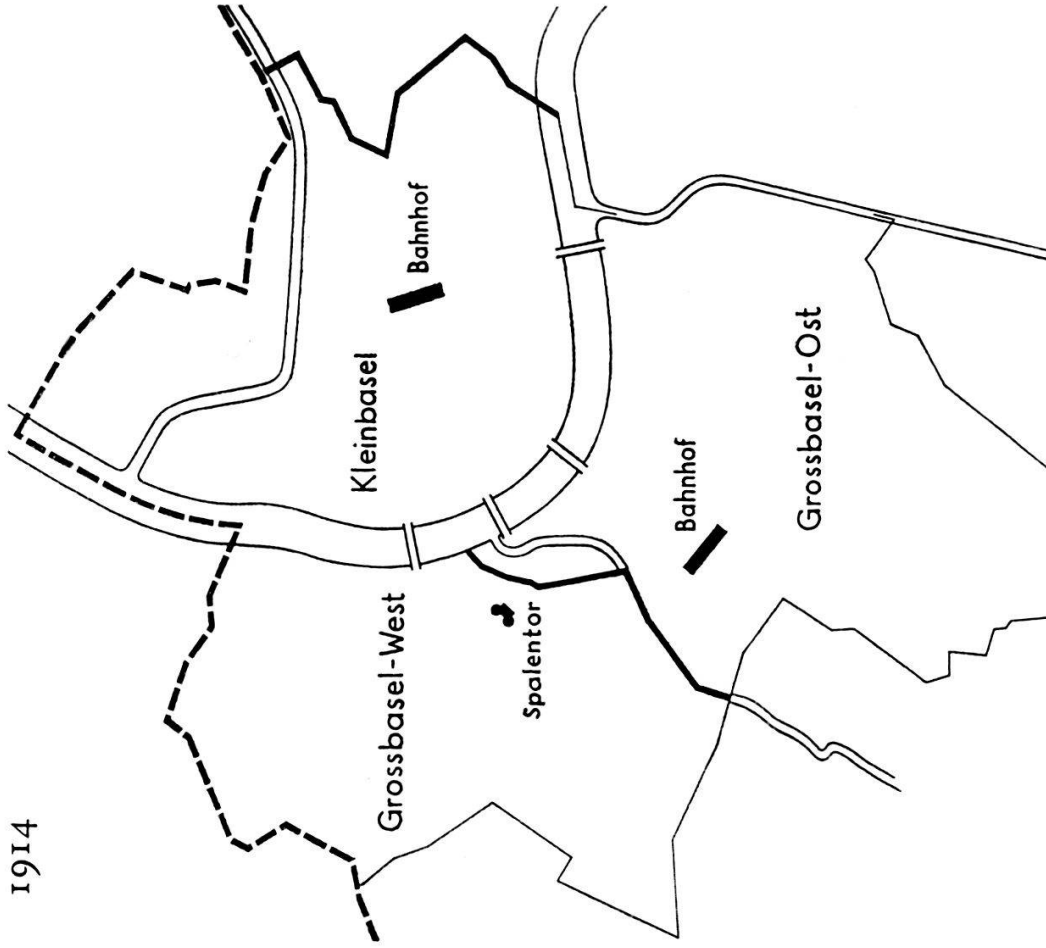
1892



1902



1914



Legende: 1 = St. Johannquartier. 2 = Spalenquartier. 3 = Steinenquartier. 4 = Aeschenquartier. 5 = Stadtquartier. 5a = Münsterquartier und 5b = Petersquartier (1892-1901). 6 = St. Albanquartier. 7 = Riehenquartier. 8 = Bläsiquartier. 9 = Horburgquartier. Das Innere Bläsiquartier (8) und das Äußere Bläsiquartier (9) entstanden 1892 durch Teilung des Bläsiquartiers; 1892 wurden die Namen in Bläsi- und Horburgquartier umgeändert. 1908 wurde die Gemeinde Kleinhünningen mit dem Horburgquartier verschmolzen.

ter zu verschmelzen, sobald die Bevölkerung nicht mehr im richtigen Zahlenverhältnis zur Bevölkerung der übrigen Quartiere stehen sollte. Das Innere Bläsiquartier hieß von nun an Bläsiquartier, das Äußere: Horburgquartier. So wurden die großen Unterschiede in den Bevölkerungszahlen und damit auch in der Sitzzuteilung behoben. Hatten 1890 die Zahlen zwischen 9 Ratssitzen (Stadtquartier) und 19 (Spalenquartier) geschwankt, so hielten sie sich 1893 zwischen 11 und 14.

Da die Bevölkerungszahl der Stadt innert 12 Jahren um mehr als die Hälfte zunahm und da diese Zunahme die einzelnen Quartiere sehr ungleich betraf (die größte Zuwanderung wiesen das Aeschenuartier mit dem Gebiet südlich des Zentralbahnhofs, dem späteren Gundeldingerquartier, und das Horburgquartier auf; die innere Stadt erlitt durch die Abwanderung einen Bevölkerungsrückgang), war ein neuer Ausgleich zu schaffen. Im Jahre 1902 wurden, wie 1892 vorgesehen, Münster- und Petersquartier zum Stadtquartier vereinigt und von den großen Quartieren einzelne Straßenzüge den kleineren zugewiesen.

Am 1. Januar 1893 übernahmen die staatlichen Organe die Ge-

Tabelle 1

*Großratssitze
Verteilung nach Quartieren*

Jahre	Quartiere								Gemeinden			
	St. Johann	Spalen	Steinen	Aeschen	Stadt	St. Alban	Riehen	Bläsi	Riehen	Bettingen	Kleinhüningen	Kanton
1875 + 1878	14	16	14	14	15	13	17	19	5	1	2	130
1881	14	18	16	11	11	12	14	27	4	1	2	130
1884 + 1887	14	18	16	11	11	12	14	14 ³ 13 ⁴	4	1	2	130
1890	14	19	17	11	9	11	13	14 15	4	1	2	130
1893-1899	11	13	13	11	12 ¹ 11 ²	11	13	14 ⁵ 14 ⁶	4	1	2	130
1902 + 1905	13	16	10	16	12	10	10	19 18	3	1	2	130
1908	13	16	10	16	12	10	10	19 20	3	1		130
1911	17	17	9	20	8	9	8	16 22	3	1		130
1914		41 ⁷			39 ⁸			46 ⁹	3	1		130

¹ Münsterquartier. ² Petersquartier. ³ Inneres Bläsiquartier. ⁴ Äußeres Bläsiquartier. ⁵ Bläsiquartier

⁶ Horburgquartier. ⁷ Großbasel-West. ⁸ Großbasel-Ost. ⁹ Kleinbasel.

schäfte der Einwohnergemeinde Kleinhüningen, und auf den 1. Januar 1908 wurde die Gemeinde mit der Stadt verschmolzen. Ihr Gebiet wurde dem Horburgquartier angegliedert; dadurch erhöhte sich 1908 die Zahl der vom Horburgquartier zu wählenden Großräte von 18 auf 20¹⁵.

Im Februar 1905 stimmte das Baslervolk dem Proportionalwahlverfahren zu. 1905 wurde der Große Rat erstmals nach dem Proportionalwahlverfahren gewählt. Da die Parteivertretungen aber doch nicht der Parteistärke entsprachen, forderte der Große Rat eine Änderung der Quartiereinteilung. Der Regierungsrat schlug eine Verminderung auf 5 Wahlquartiere vor; der Große Rat tat jedoch den Schritt ganz: Wenn man schon auf die überlieferten Quartiere verzichtete, so wollte man möglichst große Wahlkreise schaffen; um sie ungefähr gleich groß zu gestalten, mußte man Großbasel in 2 Wahlkreise aufteilen. Die Linie Birsig-Heuwaage-Steinengraben-Leonhardsgraben-Petersgraben bis zum Rhein trennte Großbasel-Ost von Großbasel-West.

Es erhielten 1914 zugewiesen:

Großbasel-West	(42 925 Einwohner)	41 Vertreter
Großbasel-Ost	(40 896 Einwohner)	39 Vertreter
Kleinbasel	(48 455 Einwohner)	46 Vertreter
Riehen	(3 185 Einwohner)	3 Vertreter
Bettingen	457 Einwohner)	1 Vertreter
		<hr/> 130 Vertreter

Damit war die jahrhundertealte Wahlkreiseinteilung aufgehoben¹⁶.

2. Die Wahlen

a) Die Wähler

In einer Hinsicht hat es der Historiker leichter als der Statistiker der Gegenwart: Er braucht keine Einzugsgebiete der Wahllokale zu ermitteln¹⁷. Denn bis 1913 konnten die Wähler nur in den Wahllokalen ihres Quartiers ihren Wahlzettel einlegen (bis 1898 verfügte

¹⁵ Ein Strich (–) bedeutet, daß die angegebene Partei oder das Quartier besteht, aber im genannten Jahr keine Vertreter aufweist; eine leere Stelle in der Tabelle besagt, daß die Partei oder das Quartier noch nicht oder nicht mehr existiert.

¹⁶ Die Geschichte der Wahlquartiere ist dargestellt im Ratschlag betr. eine neue Quartiereinteilung für die Stadt Basel vom 25. April 1912.

¹⁷ Kull, S. 26ff.

sogar jedes Quartier nur über ein einziges Wahllokal). Von 1914 an stand es den Wählern frei, in irgendeinem Wahllokal ihres Wahlkreises, also auch in einem andern als dem des Wohnviertels, zu stimmen.

In einer anderen Hinsicht hingegen ist dem Historiker die Untersuchung erschwert: Er ist nicht imstande, die soziale Schichtung der Wähler eines Quartiers zu erkennen; er kann aufgrund der Adreßbücher nur die soziale Schichtung der gesamten männlichen Bevölkerung feststellen und muß sich bewußt sein, daß in den Zahlen auch die Aufenthalter und die Ausländer eingerechnet sind.

Wieviele Wahlberechtigte jeweils an den Großratswahlen teilgenommen haben, zeigt die folgende Tabelle¹⁸.

Tabelle 2

Wahlbeteiligung 1875-1914

Jahr	Wahlberechtigte	Wählende	
		Grundzahlen	Prozentzahlen
1875	7 355	4 037	54,9
1878	8 127	4 986	61,4
1881	8 582	6 725	78,4
1884	8 010	6 627	73,6
1887	9 915	6 186	62,4
1890	10 667	6 808	63,8
1893	12 021	7 358	61,2
1896	13 498	7 376	54,6
1899	15 261	7 776	51,0
1902	17 205	9 916	57,6
1905	18 608	12 382	66,6
1908	20 009	12 834	64,1
1911	21 656	14 979	69,2
1914	22 984	15 687	68,3

b) Die Parteien

1875 bestanden noch keine festgefügtten Parteien. Gleichgesinnte Männer hatten sich einige Jahre vorher zu Vereinen zusammengeschlossen, die jeweils vor den Wahlen in Zeitungen, Inseraten und Wahlaufufen an die Öffentlichkeit traten. Andere Gruppen bildeten sich erst unmittelbar vor den Wahlen und lösten sich nachher wieder auf.

¹⁸ Mitteilungen des Statistischen Amtes, Nr. 24, S. 5, Nr. 54, Tabellen S. 6.

In den ersten Jahren standen einander die Freisinnigen und die Konservativen gegenüber. Die Konservativen wechselten ihren Namen mehrmals. Von 1875 bis 1881 zogen sie als Liberale unter dem Zeichen der Safranlilie in den Wahlkampf; 1878 und 1881 portierte der Eidgenössische Verein, die schweizerische Organisation der reformiert-konservativen «Parteien», eine Wahlliste, die mit der liberalen beinahe vollständig übereinstimmte. 1884 verschwanden Parteiname und Parteiliste; der Eidgenössische Verein gab alleine die Wahlvorschläge heraus, 1887 erschien die konservative Liste neben der des Eidgenössischen Vereins als Liste der Quartiervereine. In den Ersatzwahlen von 1892 brachte der Eidgenössische Verein seine letzte Liste heraus. Von 1896 an waren die Wahlvorschläge im Namen der Konservativen Partei von den Quartiervereinen unterzeichnet. Seit der Neuordnung von 1905 hießen die Konservativen Liberale Partei. In unseren Listen bezeichnen wir sie durchgehend als Konservative.

Die Vereinigten Liberalen (von 1881 an Vereinigte Freisinnige) schufen 1894 ihre feste Partei-Organisation und nannten sich von da an Freisinnig-Demokratische Partei. Wir bezeichnen sie stets als Freisinnige.

Zwischen den beiden Gruppen hielt sich das ehemalige «juste milieu», von den Freisinnigen als «Lauwasserpolitiker» verspottet, unter verschiedenen Namen: Vermittler, Zentrum, Unabhängige, Safrankomitee, Großratsverein zu Safran. 1875 noch ohne Liste, nahmen die Vermittler von 1878 bis 1890 mit eigener Liste am Wahlkampf teil; 1884, als die Konservativen die Bezeichnung «liberal» fallen ließen, nannten sie sich Unabhängige Liberale. Von 1893 bis 1902 erließen sie keine eigenen Wahlaufufe mehr; ihre Kandidaten wurden von den ihnen nahestehenden Parteien portiert.

Ganz rechts standen 1878 die Unabhängigen aus dem Vereinshaus, die in ihrem Wahlaufuf gottesfürchtige Männer vor allem aus den Reihen des Eidgenössischen Vereins vorschlugen.

1875 brachten die Konservativen in Kleinbasel noch keine Liste heraus; ihnen nahe stand «eine Anzahl Kleinbasler Wähler». Aber auch die Vereinigten Liberalen saßen noch nicht fest im Sattel. Außer diesen beiden Wahlvorschlägen erschienen nämlich drei weitere: der Wahlvorschlag der Versammlung im Klarabad, der Wahlvorschlag des gemeinsamen Komitees für Kleinbasel und schließlich der Wahlvorschlag der Arbeiterpartei Kleinbasels. Auch 1878 gab es in Kleinbasel zwei Vorschläge von selbständigen Wählergruppen. An den fünf Wahlvorschlägen zeigt sich gut, daß die Vorläufer der Parteien lokale Organisationen waren, die in erster Linie

bekannte Persönlichkeiten und in zweiter Vertreter von Parteien vorschlugen. Diese Einstellung, eine Persönlichkeit und nicht einen Parteiangehörigen zu wählen, kennzeichnete Basels Großratswahlen auf Jahrzehnte hinaus.

Zaghaft wagten sich 1875 die Arbeiter mit eigenem Vorschlag in den Wahlkampf; als sie 1878 trotz den Warnungen der Vereinigten Liberalen Kandidaten aufstellten und ihr Spitzenkandidat im Steinenquartier nur 24 Stimmen erhielt, mußten sie sich vom «Volksfreund» folgende Belehrung gefallen lassen: «Gegen die Ehrenhaftigkeit und den guten Willen der vorgeschlagenen Arbeiter ist durchaus nichts einzuwenden; nur möchten wir bezweifeln, ob diese Männer, falls sie überhaupt jemals Aussicht hätten, gewählt zu werden, imstande sein würden, mit der gleichen Energie und Einsicht und mit demselben Erfolg für die wahren Interessen der Arbeiter einzustehen, wie dies bis jetzt im großen und ganzen von den meisten Vertretern der Vereinigten Liberalen geschehen ist»¹⁹. Dennoch rief das Arbeiter-Wahlkomitee 1881 erneut zur Vertretung der Arbeiterinteressen auf; statt politischer stellte es soziale Forderungen auf, verlangte zum Beispiel, daß die Steuern auf den kleinsten Einkommen aufgehoben würden²⁰.

Der Grütliverein jedoch schloß sich den Freisinnigen an. Eine Einigung kam zustande: Von 1884 bis 1890 nahmen die Freisinnigen Arbeitervertreter in ihre Vorschläge auf; dafür verzichtete der Arbeiterverein auf eigene Listen. 1893 trat die Sozialdemokratische Partei mit eigenen Vorschlägen auf; fettgedruckt standen an der Spitze der Quartierlisten «erprobte Vertrauensmänner unserer Partei»; nachher folgte eine große Zahl von Vertretern der übrigen Parteien²¹. 1896 legten die Sozialdemokraten eine unvollständige Liste vor; nur zwei Vorschläge im St. Albanquartier, neun im Horburgquartier. Erst von 1905 an brachten sie vollständige Listen mit ausschließlichen Partei-Angehörigen heraus.

Auch die Katholiken beteiligten sich an den Großratswahlen, lange bevor sie sich als Partei organisiert hatten. Der Katholikenverein stellte in den ersten Jahren keine eigenen katholischen Kandidaten auf, sondern unterstützte «solche Männer . . ., deren Ehrenhaftigkeit Bürgschaft leistet, daß sie ohne Parteileidenschaft allseits nur das allgemeine Wohl im Auge behalten und deren Gerechtigkeitssinn erwarten läßt, daß sie niemals eine den Interessen unserer

¹⁹ Schweizerischer Volksfreund Nr. 104, 3. 5. 1878.

²⁰ Wahlauf Ruf des Unabhängigen Arbeiter-Wahlkomitees 1881, Staatsarchiv Basel, Räte und Beamte A 4, Wahlen in den Großen Rat.

²¹ Wahlvorschläge, ebendort.

katholischen Gemeinde entschieden gegnerische Stellung einnehmen werden²²».

Von 1887 an nahm die Konservative Partei einige katholische Vertreter auf ihre Vorschläge. Mit der Einführung des Proportionalwahlsystems schufen die Katholiken 1905 ihre lockere Organisation zur Katholischen Volkspartei um. Ein Sonderzüglein machten bloß die Katholiken des Spalenquartiers: Der Männerverein Spalen zog von 1905 bis Ende der alten Quartiereinteilung mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf.

Von den Freisinnigen spalteten sich 1908 unter der Führung Dr. Oskar Schärs linksstehende Mitglieder ab und gründeten die Demokratische Partei. Diese stellte aber nicht in allen Quartieren Listen auf.

Als die ersten Sozialdemokraten in den Großen Rat gewählt worden waren, versuchten verschiedene bürgerliche Wirtschaftsverbände am Wahlkampf teilzunehmen. 1890 gaben die Vereinigten Meisterverbände und Handwerker Wahlvorschläge heraus: Die Kandidaten waren alle den bürgerlichen Parteilisten entnommen; als Handwerker- und Gewerbeverein beteiligten sie sich in den nächsten Jahren an den Wahlen, 1899 in Verbindung mit dem Verband Basler Kaufleute. Angesichts der bevorstehenden Revision des Wirtschaftsgesetzes rückte auch der Wirteverein mit einem Wahlauf Ruf auf: «Nahezu 500 Wirte zählt unsere Stadt, und nur zwei Vertreter sind jetzt im Großen Rat; es ist dies entschieden zu wenig für ein Gewerbe von solcher Zahl und Bedeutung, das trotz seiner doppelten, ja dreifachen Besteuerung bis jetzt von den Behörden ganz stiefmütterlich behandelt wurde²³.»

1902 trat die 1899 gegründete Gewerbe Partei in den Wahlkampf, aber auch sie nur mit Kandidaten, die bereits von den bürgerlichen Parteien portiert worden waren. Der letzte und erfolgreichste bürgerliche Wirtschaftsverband, der seine Interessen im Parlament verfechten wollte, war der Hausbesitzerverein. 1908 und 1911 empfahl er wie der Handwerker- und Gewerbeverein Kandidaten der bürgerlichen Parteien. 1911 indessen gründeten Mitglieder des Hausbesitzervereins die Fortschrittliche Bürgerpartei. Diese Mittelstandspartei sollte, kräftiger als es die Verbände taten, die Interessen der Handel- und Gewerbetreibenden wahrnehmen²⁴.

Schließlich noch ein Wort zu den Landgemeinden. In den Landgemeinden machten die Parteien keine Wahlvorschläge. Dort stan-

²² Basler Volksblatt Nr. 17, 27. 4. 1878.

²³ Basler Nachrichten Nr. 114 und National-Zeitung Nr. 98, 27. 4. 1902.

²⁴ Manuskript Alfred Müller, Die Fortschrittliche Bürgerpartei 1911-1914.

den sich verschiedene Gruppen der Dorfbevölkerung gegenüber, die sich nicht aus parteipolitischen, sondern aus dörflichen und persönlichen Rücksichten gebildet hatten. Anfänglich lehnten sich die meisten Großräte der Landgemeinden an die freisinnige Fraktion an; die freisinnigen Zeitungen und auch die konservativen Blätter rechneten sie den Freisinnigen zu. In den Wahlvorschlägen der Parteien und sogar in den Berichten über die Wahlergebnisse wurden die Landgemeinden in den siebziger und achtziger Jahren einfach weggelassen. Erst 1887 begannen die Parteien, die Kandidaten der Landgemeinden in ihre Wahlvorschläge aufzunehmen, und die Zeitungen, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Die Landgemeinde-Großräte blieben weiterhin unabhängig; 1905 und 1908 benützten zum Beispiel die Konservativen die Formulierung «Riehener Unabhängige, von den Liberalen empfohlen», 1911 und 1914 die Bezeichnung «Riehener Dorfliste».

c) *Die Wahlvorschläge*

In den ersten Jahren kamen vor den Wahlen die Delegierten der Quartiere, die Mitglieder der Großratsfraktion und die Angehörigen der kirchlichen und der Kantonalvereine zusammen und stellten die Kandidaten und ein Wahl- oder Arbeitsprogramm auf. In den achtziger Jahren, als sich die Parteien zu organisieren begannen, reichten die Quartiervereine den Wahlausschüssen Vorschlaglisten ein. Die bereinigten Vorschläge erschienen als Wahlaufrufe und als Zeitungsinserate in den Basler Blättern. Die freisinnige Zeitung «Der Schweizerische Volksfreund» brachte 1875, 1878 und von 1893 an neben den eigenen Vorschlägen die ihrer Gegner, der Konservativen und der Sozialdemokraten; die «Allgemeine Schweizer Zeitung», das Organ der Konservativen, veröffentlichte nur die eigenen Wahlvorschläge und die des Katholikenvereins; von 1902 an erschienen jedoch die freisinnigen Vorschläge auch in den konservativen «Basler Nachrichten».

Mit der Einführung der Proporzahlen und der damit verbundenen scharfen Abgrenzung der Parteien hörte dieses Entgegenkommen auf, das für die Aufgeschlossenheit der Basler Politik bezeichnend gewesen war.

Noch deutlicher zeigte sich diese Aufgeschlossenheit in dem Brauch, Vertreter anderer Parteien in die eigenen Wahlvorschläge aufzunehmen. 1875 stand etwa die Hälfte der Vorgeschlagenen auf beiden Listen. «Bei der Wahl eines zahlreichen, die Gesamtheit der Einwohnerschaft vertretenden Großen Rats kann es sich nicht um die Aufstellung einer ausschließlichen Parteiliste handeln. Die uns

bei den Vorschlägen leitenden Grundsätze haben wir öffentlich bekanntgemacht. Sie gipfeln darin, daß der Große Rat der möglichst genaue Ausdruck der gesamten Wählerschaft in Beziehung auf die politische Gesinnung und auf die Verschiedenheit der Berufsstände und Interessen sein soll²⁵.»

Obschon das Ratsherrenregiment vorbei war und Basel eine repräsentative Demokratie geworden war, wählten die Wahlberechtigten in erster Linie Persönlichkeiten, in zweiter Linie Parteimänner. Wenn die Vorschläge diese Einstellung nicht berücksichtigten, warfen die Parteien einander vor, «Schnürlimannen» auf die Vorschlaglisten zu setzen statt selbständige Vertreter der Einwohnerschaft. Eine Einheitsliste wäre als Ausdruck von Diktatur-Absichten unmöglich gewesen. Bereits die Aufstellung von 100 konservativen Kandidaten veranlaßte den «Volksfreund» zu einer heftigen Reaktion: «Angesichts einer solchen Vergewaltigung wagen diese Leute noch, von der Ausschließlichkeit und dem Terrorismus der Freisinnigen zu reden. Wahrlich, das Maß ist voll²⁶.»

Schließlich galt es als unanständig, einmal gewählte Großräte bei Neuwahlen nicht mehr aufzustellen. So erschienen die meisten Kandidaten auf mehreren Wahlvorschlägen. Je beliebter ein Kandidat war, von desto mehr Gruppen wurde er portiert. Die höchste Zahl erreichten 1878 einige Kandidaten des St. Johansquartiers, die von sieben Vereinigungen vorgeschlagen wurden: Vom Eidgenössischen Verein, vom Katholikenverein, vom Safrankomitee, von den Unabhängigen, von den Vereinigten Liberalen, von den Radikalen und von der Versammlung St. Johanslemer. Es gehörte zu den Selbstverständlichkeiten der siebziger, achtziger und neunziger Jahre, daß Großindustrielle wie Johann Rudolf Geigy-Merian oder Bauunternehmer wie Hermann Preiswerk-Schäfer oder Oberst Emil Bischoff von den Arbeiterkomitees portiert wurden.

Bis zur Einführung des Proporzsystems gab die «Allgemeine Schweizer Zeitung» in den Wahlergebnissen an, von welchen Parteien und Gruppen die Kandidaten vorgeschlagen worden waren. Der «Schweizerische Volksfreund» (von 1888 an die «National-Zeitung») vermerkte seit 1884 nur noch, welcher Partei der Kandidat angehörte oder welche ihn zuerst aufgestellt hatte. Welcher Partei die Kandidaten in Wirklichkeit zuzuzählen waren, wußten die Presseberichterstatter in vielen Fällen nicht. 1875 behauptete der «Volksfreund», es seien 63 Liberale und 50 Konservative ge-

²⁵ Schweizerischer Volksfreund Nr. 124 und Schweizer Grenzpost Nr. 124, 28. 5. 1875.

²⁶ Schweizerischer Volksfreund Nr. 96, 24. 4. 1881.

wählt worden (17 Wahlen waren nicht zustande gekommen). Die «Schweizer Grenzpost», die eine Mittelstellung zwischen den Parteien einnahm, schrieb hingegen: «Noch schwieriger als eine Zusammenstellung nach den Berufsarten wäre wohl eine solche der politischen Parteifarbe. Die Begriffe von konservativ und liberal haben sich in der letzten Zeit ungemein verwischt... Wenn wir richtig zählen, so wird diese Partei (Konservative) in der neuen Behörde etwa über 30 bis 35 Stimmen verfügen. Die übrigen Mitglieder wären demnach mehr oder weniger liberal. Mehr oder weniger sagen wir, denn dieser Begriff ist ein überaus dehnbarer, und es dürfte sich wohl erst im Laufe der neuen Ära eine neue Partei-scheidung nach gewissen politischen Grundsätzen vollziehen. Immerhin wird dies in unserer gesetzgebenden Behörde wohl kaum je in so entschiedenem Maße der Fall sein wie anderwärts, da der Große Rat zum guten Teil eine administrative Behörde ist und seine Hauptaufgaben auf jenem Gebiet liegen. Dieser Gesichtspunkt hat sicherlich auch bei den jetzigen Wahlen eingewirkt, und mancher Gewählte hat die Ehre nicht seiner politischen Farbe und Richtung, sondern seiner Popularität oder anderen persönlichen Verdiensten zu verdanken²⁷.»

1881 schätzte der «Volksfreund» 46 bis 47 Konservative als gewählt, die «Allgemeine Schweizer Zeitung» nur wenig über 40 Konservative, dazu einige Vermittlungsmänner. Ständig schwankten die Angaben: 1884 teilten die «Basler Nachrichten» die 35 nicht-freisinnigen Großräte des ersten Wahlganges in 25 Konservative und 10 Vermittler ein, der «Schweizer Volksfreund» in 29 Konservative und 6 Vermittler. Als sich die Arbeiter von der Freisinnigen Partei lösten und als selbständige Partei Kandidaten aufstellten, griff die Unsicherheit auch auf ihre Kandidaten über. Selbst 1902 gingen die Urteile auseinander. Gewählt waren nach der

	Allgemeinen Schweizer Ztg.	Basler Nachrichten	National-Zeitung
Freisinnige	64	67	68
Konservative	34	35	34
Sozialdemokraten	23	21	21
Katholiken	2	3	3
Wilde	7	4 (Zentrum)	3 (Zentrum) 1

²⁷ Schweizer Grenzpost Nr. 128, 2. 6. 1875.

Ja sogar 1905 schrieben die «Basler Nachrichten»: «Etwa 10 der Gewählten werden sich wahrscheinlich keiner Fraktion anschließen²⁸.»

Leider ist in den Parteiarchiven außerordentlich wenig Material vorhanden; die jetzige Liberaldemokratische Partei besitzt zum Beispiel kein einziges Schriftstück aus unserem Zeitabschnitt. Von der Freisinnig-Demokratischen Partei sind im Basler Staatsarchiv verschiedene Schriftstücke aus dem 19. Jahrhundert, einige Protokollhefte und Jahresberichte aus den achtziger Jahren und Protokollbücher von 1894 bis 1914 vorhanden²⁹. Das ihm bekannte Material des Katholikenvereins hat Leo Hänggi für seine «Geschichte der Katholischen Volkspartei» verarbeitet.

Um die Großräte nach Parteien einzuordnen, haben wir diejenigen Ratsmitglieder, die in späteren Jahren als Angehörige einer Partei betrachtet wurden, von Anfang ihrer Laufbahn an als der betreffenden Partei zugehörig betrachtet, sofern nicht ein Parteiwechsel ausdrücklich bezeugt war. Die Angehörigen des Zentrums haben wir als Mittelgruppe besonders geführt. Durch Kombination von Teilangaben konnte die Parteizugehörigkeit einzelner Großräte erschlossen werden. Doch blieben einige Großräte übrig, die dem Großen Rat in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre während bloß einer oder zwei Wahlperioden angehört hatten und nicht zu bestimmen waren. Sie sind der Mittelgruppe zugewiesen worden.

3. Die Gewählten

a) Auswahl

Der Große Rat wurde alle drei Jahre Ende April gewählt. Da im ersten Wahlgang nie 130 Anwärter das absolute Mehr erreichten, mußten Stichwahlen angesetzt werden. Außerdem waren Ersatzwahlen für die gleichzeitig in zwei Quartieren Erkorenen zu treffen. In seiner ersten Sitzung wählte der neue Große Rat den Regierungsrat, durchwegs aus Großratsmitgliedern. Die Ersatzwahlen für die freigewordenen Sitze, für die Doppelwahlen und für diejenigen Sitze, die unterdessen durch Tod oder Rücktritt freigeworden waren, fanden manchmal im Mai, manchmal im Juni, manchmal im Juli statt. Von 1890 an waren die Regierungsräte gleichzeitig mit den Großräten durch das Volk zu wählen. Die übrigen erledigten Großratsstellen wurden bis 1905 jeweils im April des folgenden

²⁸ Basler Nachrichten Nr. 125, 8. 5. 1905.

²⁹ Basler Staatsarchiv, Privatarchiv 387.

Jahres neu besetzt. Nach der Einführung des Proporz-Systems rückten die Ersatzleute einfach nach, sobald eine Großratsstelle erledigt war.

Wir konnten für unsere Arbeit nicht alle eingetretenen Wechsel berücksichtigen, sondern mußten uns auf einen bestimmten Zeitpunkt festlegen. Hätten wir uns an die Ergebnisse des ersten Wahlganges gehalten, so hätten wir wohl diejenigen Großräte aufgenommen, die nach dem ursprünglichen Willen der Wähler gewählt worden waren. Wir hätten jedoch nicht durchwegs diejenigen Großräte berücksichtigt, die in der dreijährigen Amtsperiode ihr Mandat ausübten. Wir entschlossen uns deshalb, die Zusammensetzung des Großen Rates, wie sie sich nach den Ersatzwahlen für die in den Regierungsrat gewählten Mitglieder ergab, unseren Statistiken zugrunde zu legen.

Wir stellten für jede Wahl Tabellen zusammen, welche die Großräte nach Parteien, Quartieren und Berufen einordnen. Doch verzichteten wir darauf, die weiteren Untersuchungen auf alle Wahljahre auszudehnen. Einmal fehlte uns die Zeit dazu; dann schien sich uns kein Gewinn zu ergeben, hätte doch der Vorzug der Vollständigkeit den Nachteil der Unübersichtbarkeit mit sich gebracht. Wir wählten deshalb aus den 14 Wahljahren 9 entscheidende aus.

- 1875 Die erste Wahl nach der Verfassungsrevision von 1875. Sie ergab erstmals eine freisinnige Mehrheit.
- 1878 Der überraschende Sieg der Konservativen leitete das «konservative Zwischenspiel» von 1878 bis 1881 ein.
- 1884 Die Vereinigten Freisinnigen erreichten mit 87 Vertretern ihre größte Stärke.
- 1890 Letzte Wahlen vor dem Anschluß des Grütlivereins an das sozialdemokratische Programm.
- 1896 Die Sozialdemokratische Partei ging als drittstärkste Partei aus den Wahlen hervor.
- 1902 Letzte Wahl nach dem Majorzsystem; letzte Wahl von Zentrumsangehörigen.
- 1905 Erste Wahl nach dem Proporzsystem. Die Sozialdemokraten überflügelten die Konservativen.
- 1911 Letzte Wahl in den alten Wahlquartieren.
- 1914 Erste Wahl in den neuen Wahlkreisen.

b) Zugehörigkeit der Großräte zu Gerichten, zum Weiteren Bürgerrat, zur Synode und zu den Vereinen

In welcher Reihenfolge erstieg ein Basler Großrat die Stufen seiner politischen Laufbahn? War er zuerst Mitglied des Weiteren

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Jahr	zuerst Großrat							Kanton	nachher Großrat							Kanton	
	Parteien								Parteien								
	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männnerver. Spalen	Demokraten		Bürgerpartei	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männnerver. Spalen		Demokraten
<i>d) zu Gerichten</i>																	
1875	4	7	1					12	—	3	1						4
1878	6	6	1					13	—	3	1						4
1884	11	3	—					14	—	2	—						2
1890	9	3	1	—	—			13	—	3	—	—	—				3
1896	8	3	—	—	—			11	2	3	—	—	—				5
1902	9	2	—	2	—	—		13	4	1	—	—	—	—			5
1905	7	3		3	—	—		13	2	—	—	—	—	—			2
1911	6	3		5	1	—	—	15	2	—	—	—	—	—	—	—	2
1914	5	2		4	3	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	0

Tabelle 4

Zugehörigkeit der Großräte zu politischen Vereinen

Jahr	zuerst Großrat					Kanton	nachher Großrat					Kanton
	Parteien						Parteien					
	Freisinnige	Konservative	Sozialdemokraten	Demokraten	Bürgerpartei		Freisinnige	Konservative	Sozialdemokraten	Demokraten	Bürgerpartei	
1875	6	6				12	1	—				1
1878	6	9				15	1	1				2
1884	15	5				20	1	—				1
1890	19	7	3			29	1	1	1			3
1896	25	10	6			41	3	2	—			5
1902	28	12	8			48	3	1	4			8
1905	23	10	12			45	4	4	7			15
1911	15	9	15		3	42	5	3	10		—	18
1914	13	7	13	1	3	37	3	3	9	—	2	17

Bürgerrates und der Synode, mußte er sich zuerst im Vorstand eines politischen Vereins bewähren, bevor er in das Parlament gewählt wurde, oder begann er seine Karriere als Großrat?

Unsere Tabellen sind auf folgenden Grundlagen aufgebaut. Als politische Vereine betrachten wir die Parteien selber, ihre Quartiervereine, den Grütliverein und die kirchlich-politischen Gemeindevereine; wir berücksichtigen nicht die Großratsvereine (Fraktionen) und die neutralen geselligen Quartiervereine, wie den Äußeren Bläsiverein, und die Berufsverbände. Als Vorstandsmitglieder gelten Präsident, Vizepräsident, Kassier und Sekretär. Obwohl wir für den Beginn einer solchen Funktion nur Jahresdaten besitzen, haben wir eine im gleichen Jahr stattfindende Großratswahl als früher ergangen angenommen: Großratswahlen fanden ja immer im Frühjahr, die Jahresversammlungen der politischen Vereine im allgemeinen um die Jahresmitte statt.

Tabelle 3 berücksichtigt nur Großräte, die während der dreijährigen Amtsperiode Mitglied des Weiteren Bürgerrats, der Synode usf. waren oder wurden, Tabelle 4 alle Großräte, die zu irgendeiner Zeit Mitglied der genannten Behörden oder von Vereinsvorständen waren. Unter den Richtern sind sowohl Juristen wie Laienrichter aufgeführt.

Beide Tabellen zeigen deutlich, daß der Basler Politiker seine Laufbahn weder in einem politischen Verein als Vorstandsmitglied noch als Mitglied einer richterlichen, bürgerlichen oder kirchlichen Behörde begann. Am Anfang stand die Wahl in die gesetzgebende Behörde. Von einem Großratsmitglied erwartete man indessen, daß es sich für weitere Aufgaben zur Verfügung stellte.

Diese Auffassung galt in allen Parteien, sogar in der Sozialdemokratischen Partei. Da die Sozialdemokraten jedoch ihre Parteiorganisation aufbauten, bevor sie viele Vertreter im Großen Rat besaßen, fanden sich in ihr verhältnismäßig viele Großräte, die bereits vor ihrer Wahl als Vorstandsmitglied eines politischen Vereins tätig gewesen waren.

Der Rückgang der Zahlen im Jahr 1914 bedeutet nicht eine Abkehr vom Grundsatz der Vereinstätigkeit. Uns fehlen einfach die auf 1914 zurückweisenden Angaben aus den folgenden Jahren.

Im Verlaufe der vierzig Jahre verschob sich die außerparlamentarische Tätigkeit der Großräte von den bürgerlichen und kirchlichen Behörden auf die politischen Vereine. In der Synode und im Weiteren Bürgerrat waren in den ersten Jahren die konservativen Großräte am stärksten vertreten: Ihre Bereitschaft, mehrere Pflichten auf sich zu nehmen, war Ausdruck ihrer engen Verbundenheit mit der Stadt. Als sich jedoch die Parteien organisierten, verlagerte

sich der Einsatz der Großräte, auch der konservativen, auf die Führung in den politischen Vereinen.

c) Ratszugehörigkeit

Wenn Großräte der gesetzgebenden Behörde mit Unterbrüchen angehörten, haben wir die einzelnen Amtsdauern zusammengezählt. Folglich sind in den Tabellen diese Wiedergewählten nicht als Neugewählte aufgeführt, auch nicht die in der vorhergehenden Periode als Ersatzleute in den Rat eingetretenen Mitglieder: Unter 0 Jahren sind also nur die erstmals Gewählten verzeichnet.

Aus der Tabelle lassen sich folgende Feststellungen ablesen. Mit Ausnahme des allerersten Wahljahres (1875) war stets das Kontingent derjenigen am stärksten, die dem Großen Rat 1 bis 6 Jahre angehört hatten. In allen Jahren (ausgenommen 1890) machten sie zusammen mit den Neugewählten mindestens die Hälfte der Ratsmitglieder aus; mit dem Proporzsystem stiegen diese Zahlen noch an; entsprechend nahm die Zahl derjenigen, die mehr als 18 Jahre Ratsmitglieder waren, allmählich ab (von 27 im Jahre 1875 auf 13 im Jahre 1911, 14 im Jahre 1914). Der Basler Große Rat erhielt stets neue Kräfte: Der Kampf der neuen Parteien gegen die bestehenden, zuerst der Freisinnigen gegen die Konservativen, dann der Sozialdemokraten und Katholiken gegen die Freisinnigen und der Bürgerpartei gegen die Freisinnigen und Sozialdemokraten, führte immer wieder neue Männer auf die Ratssitze.

Innerhalb der Parteien zeichnete sich diese Erneuerung unterschiedlich ab. Die Konservativen wiesen nur in den Kämpfen der ersten beiden Wahljahre viele neue Ratsmitglieder auf, eindeutig im Wahlsieg von 1878; in denjenigen Wahlen, wo ihr Vertreterbestand um eine beträchtliche Zahl zurückging (1884, 1905), traten die amtsälteren Ratsmitglieder in den Vordergrund.

Solange die Freisinnigen nach Machtzuwachs strebten, waren ihre Großräte unverbrauchte Männer; wo sie sich in der Abwehr befanden, wie 1878 und von 1905 an, wurden auffällig wenig neue gewählt, konnten sich die bewährten halten.

Die Sozialisten erfuhren anfänglich große Wechsel: Die meisten ihrer Vertreter waren nicht Altbasler. Niedergelassene wechselten häufig Arbeitsplatz und -ort; in der ersten Zeit hatte die Partei Mühe, genügend Leute aus den eigenen Reihen aufzustellen³⁰, manche davon verzichteten nach kurzer Amtszeit. Erst 1911, also

³⁰ Eugen Wullschleger, *Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Basel*, Zürich, 1912.

Tabelle 5

Dauer der Ratszugehörigkeit

Dauer d. Ratszugehörigkeit in Jahren	Parteien							Kanton	Parteien							Kanton	
	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männerver. Spalen	Demokraten		Bürgerpartei	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männerver. Spalen		Demokraten
	1875								1878								
0	22	11	3					36	7	13	5						25
1-6	16	11	2					29	21	16	2						39
7-12	12	10	5					27	11	12	2						25
13-18	6	10	1					17	7	6	1						14
19-24	3	5	2					10	5	9	1						15
25-30	4	4	-					8	-	4	1						5
31-36	1	1	-					2	2	4	-						6
37-42	-	1	-					1	1	-	-						1
	64	53	13					130	54	64	12						130
	1884								1890								
0	24	6	-					30	19	1	1	1	-				22
1-6	37	8	1					46	29	17	1	4	2				53
7-12	11	6	1					18	15	8	2	-	-				25
13-18	5	10	2					17	6	1	3	-	-				10
19-24	5	4	1					10	3	8	2	-	-				13
25-30	2	4	-					6	1	2	1	-	-				4
31-36	2	-	-					2	-	1	1	-	-				2
37-42	1	-	-					1	1	-	-	-	-				1
	87	38	5					130	74	38	11	5	2				130
	1896								1902								
0	11	7	-	4	-			22	14	3	-	12	2				31
1-6	22	11	1	4	1			39	23	10	-	7	-				40
7-12	18	15	-	3	2			38	13	9	1	2	-				25
13-18	12	3	2	-	-			17	8	8	-	1	1				18
19-24	4	3	1	-	-			8	6	3	1	-	-				10
25-30	1	3	-	-	-			4	1	1	-	-	-				2
31-36	1	-	1	-	-			2	2	1	1	-	-				4
	69	42	5	11	3			130	67	35	3	22	3				130

Tabelle 5 (Fortsetzung)

Dauer d. Ratszuge- hörigkeit in Jahren	Parteien								Kanton	Parteien								Kanton
	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männerver. Spalen	Demokraten	Bürgerpartei		Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männerver. Spalen	Demokraten	Bürgerpartei	
	<i>1905</i>									<i>1911</i>								
0	8	4		18	8	—			38	7	3		14	4	1		6	35
1-6	17	5		15	1	1			39	12	8		20	10	—		—	50
7-12	14	7		2	1	—			24	8	3		10	2	—		—	23
13-18	5	6		3	—	—			14	4	2		2	1	—		—	9
19-24	5	4		—	—	—			9	2	4		1	—	—		—	7
25-30	1	1		—	—	—			2	1	2		—	—	—		—	3
31-36	1	2		—	—	—			3	1	1		—	—	—		—	2
37-42	—	1		—	—	—			1	1	—		—	—	—		—	1
	51	30		38	10	1			130	36	23		47	17	1		6	130
	<i>1914</i>																	
0	5	5		7	5		1	11	34									
1-6	9	5		20	5		1	5	45									
7-12	4	4		11	5		—	1	25									
13-18	4	2		3	2		—	—	11									
19-24	3	4		2			—	—	9									
25-30	—	2		1	—		—	—	3									
31-36	2	—		—	—		—	—	2									
37-42	—	—		—	—		—	—	0									
43-48	1	—		—	—		—	—	1									
	28	22		44	17		2	17	130									

nach 25 Jahren sozialdemokratischer Vertretung im Großen Rat, überwogen die 1 bis 6 Jahre im Amte Stehenden die Neugewählten.

Die Katholiken wurden von 1887 an durch die Konservativen portiert: Es waren bewährte Männer, die sich lange im Großen Rat hielten. Mit der Gründung der Katholischen Volkspartei und dem Erfolg von 1905 traten natürlich neue Leute auf; aber bereits 1911, wo die Katholiken den Besitzstand von 1908 (17 Vertreter) wahrten, rückten die Neugewählten an zweite Stelle.

Die längsten Amtsdauern wiesen auf:

Tabelle 6

Erstmals gewählte Grossratsmitglieder

Jahr	Quartiere					Gemeinden							Kanton
	St. Johann	Spalen	Steinen	Aeschen	Stadt	St. Alban	Riehen	Bläsi	Horburg	Riehen	Bettingen	Kleinhüningen	
1875	2	3	7	3	7	—	7	7	—	—	—	—	36
1878	3	5	4	2	2	1	3	5	—	—	—	—	25
1884	4	5	1	3	2	1	2	5	6	1	—	—	30
1890	2	2	6	2	—	—	1	3	5	1	—	—	22
1896	—	3	4	2	3	1	1	6	2	—	—	—	22
1902	1	5	1	8	2	—	—	5	8	1	—	—	31
1905	6	3	3	5	2	4	3	3	7	—	—	2	38
1911	5	6	4	6	2	—	1	4	7	—	—	—	35

Jahr	Parteien								Kanton
	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männerver. Spalen	Demokraten	Bürgerpartei	
1875	22	11	3	—	—	—	—	—	36
1878	7	13	5	—	—	—	—	—	25
1884	24	6	—	—	—	—	—	—	30
1890	19	1	1	—	1	—	—	—	22
1896	11	7	—	4	—	—	—	—	22
1902	14	3	—	12	2	—	—	—	31
1905	8	4	—	18	8	—	—	—	38
1911	7	3	—	14	4	1	—	6	35
1914	5	5	—	7	5	—	1	11	34

- 38 Jahre Architekt Paul Reber, konservativ, 1870–1908;
- 39 Jahre Rentner Heinrich Müller-Bruckner, freisinnig, 1848 bis 1861, 1864–1891;
- 40 Jahre der populäre Oberst Samuel Bachofen, freisinnig, 1847 bis 1887;
- 42 Jahre Advokat Dr. Karl Brenner, der erste freisinnige Grossrat Basels, 1839–1881,

- und der Bandfabrikant und ehemalige Ratsherr Adolf Christ-Sarasin, konservativ, 1835–1877;
- 43 Jahre der Physikprofessor und Schöpfer des Proporzsystems Eduard Hagenbach-Bischoff, Zentrum, 1867–1910;
- 50 Jahre der Bettinger Gemeindeschreiber Elias Weiss, freisinnig, 1870–1920.

Tabelle 6 zeigt, wann sich die größten Schübe neuer Ratsmitglieder ereigneten: 1875 und 1905, nach den Änderungen des Wahlsystems.

Die Vertreter der Landgemeinden waren viel weniger dem Wechselspiel der Parteien ausgesetzt und wurden nie weggewählt. In den drei Quartieren: Stadt-, St. Alban- und Riehenquartier wohnten vorzugsweise die alten Basler Bürgergeschlechter, die sich ähnlich verhielten wie die Bewohner der Landgemeinden. Hinzu kommt noch, daß die Vertreterzahl dieser drei Quartiere ständig zurückging und somit die verbleibenden Großräte die Sitze in erster Linie erhielten. Deutlich stach das in sich geschlossene St. Albanquartier heraus, wo die Konservativen bis 1905 alle Sitze innehatten. In der gesamten Zeitdauer von 1875 bis zum Ende der Amtsperiode 1902/1905 traten bloß 14 neue Männer als Vertreter des St. Albanquartiers in den Großen Rat ein (auf 116 zu vergebende Sitze): Die überkommene Bereitschaft, sich dem Staat zur Verfügung zu stellen, drückte sich auch in dieser lange dauernden Amtszeit aus.

Das Aeschen-, das Bläsi- und das Horburgquartier wiesen am meisten Wechsel auf. Es waren diejenigen Quartiere, die durch Zuwanderung am stärksten anwuchsen, deren Vertreterzahlen sich infolgedessen am stärksten erhöhten. Die absolut größten Zahlen (8 neue Großräte) erreichten im Jahre 1902 das Aeschen- und das Horburgquartier, wo die Sitzzahl um 5 bzw. um 4 erhöht worden war.

d) Alter der Großräte

Die Alterszahlen sind nicht nach dem genauen Geburtsdatum und dem Tag der Großratswahl berechnet: Da uns in vielen Fällen bloß das Geburtsjahr bekannt war, mußten wir uns darauf beschränken, die Spanne zwischen dem Geburts- und dem Wahljahr auszurechnen.

Während die Zahl der hohen Jahrgänge (60jährige und Ältere) konstant blieb, verschmälerte sich das Mittelfeld derjenigen, die ihr Berufsziel erreicht hatten, der 40- bis 59jährigen von 92 auf 75 und nahmen die jungen Jahrgänge (25- bis 39jährige) von 20 (1875) auf 37 (1914) stark zu.

Im Verlauf der 40 Jahre verjüngte sich der Große Rat eindeutig.

Die Summen der Gleichaltrigen sagen aus: Die 40- bis 49jährigen waren am stärksten vertreten. Die 40- bis 54jährigen stellten mit 571 Großräten fast die Hälfte der 1170 Ratsmitglieder (48,8%),

Tabelle 7

Altersgruppen der Großräte

Alter in Jahren	Parteien								Kanton	Parteien								Kanton	
	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männnerver. Spalen	Demokraten	Bürgerpartei		Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männnerver. Spalen	Demokraten	Bürgerpartei		
	1875									1878									
25-29	1	2	-						3	-	4	-							4
30-34	5	1	2						8	2	3	2							7
35-39	7	2	-						9	8	5	1							14
40-44	15	11	3						29	12	9	1							22
45-49	6	10	4						20	6	9	5							20
50-54	9	12	2						23	8	16	2							26
55-59	10	9	1						20	8	9	-							17
60-64	8	3	1						12	7	7	1							15
65-69	3	3	-						6	1	1	-							2
70-74	-	-	-						0	2	1	-							3
	64	53	13						130	54	64	12							130
	1884									1890									
25-29	1	-	-						1	1	-	-	1	-					2
30-34	8	2	-						10	3	4	1	2	-					10
35-39	13	5	1						19	12	5	-	-	1					18
40-44	14	7	-						21	11	6	-	-	-					17
45-49	12	3	-						15	15	7	3	2	-					27
50-54	12	11	3						26	13	3	1	-	-					17
55-59	13	6	-						19	9	8	2	-	1					20
60-64	4	4	1						9	5	4	1	-	-					10
65-69	8	-	-						8	2	-	3	-	-					5
70-74	-	-	-						0	2	1	-	-	-					3
75-79	2	-	-						2	-	-	-	-	-					0
80-84	-	-	-						0	1	-	-	-	-					1
	87	38	5						130	74	38	11	5	2					130

wobei sich wiederum der Rückgang von 72 (55,4%) im Jahre 1875 auf 58 (44,9%) im Jahre 1914 zeigt.

Vergleicht man die Parteien miteinander, so erkennt man, daß jeweils die neuen Parteien mit ihren neuen Männern die Verjüngung bewirkt haben. In der freisinnigen Fraktion waren während ihrer Blütezeit die 40- bis 44jährigen am stärksten vertreten, von 1890 an wurden sie von älteren Gruppen zurückgedrängt. Auch in der zur Macht gelangenden Sozialdemokratischen Partei machten 1905, 1911 und 1914 die jeweils 17 25- bis 39jährigen stets mehr als ein Drittel der gesamten Vertretung aus. Umgekehrt verhielten sich die Konservativen, in denen bis 1890 die 50- bis 54jährigen und von 1896 an die um 10 Jahre jüngeren das Hauptkontingent stellten. Das Zentrum, dem wenig neue Kräfte zuströmten, sondern vor allem älter werdende und allmählich nach rechts rückende Freisinnige, verlagerte deshalb sein Schwergewicht allmählich auf die älteren Jahrgänge. Die Vertreter der Katholischen Volkspartei verteilten sich gleichmäßig auf die jüngeren und mittleren Altersgruppen; die älteren fehlten bis 1914 vollständig.

Unter den jüngsten Großräten fanden sich bekannte Politiker:

24jährig wurden gewählt

1881 der spätere Regierungs- und Bundesrat Dr. Ernst Brenner, freisinnig, und

1886 der spätere Regierungs- und Nationalrat Eugen Wullschleger, sozialistisch.

25jährig wurden gewählt

1887 der spätere Ständerat Dr. Paul Scherrer, freisinnig.

27jährig wurden gewählt

die späteren Regierungs- und Nationalräte Dr. Isaac Iselin, konservativ, 1878, und Dr. Fritz Hauser, sozialistisch, 1911.

Bei ihrem Rücktritt oder Tod waren alt:

77 Jahre Professor Eduard Hagenbach-Bischoff (Tod 1910),

81 Jahre Oberst Samuel Bachofen (Rücktritt 1887),

85 Jahre Heinrich Müller-Bruckner (Tod 1891),

86 Jahre Elias Weiss (Rücktritt 1920).

e) Offiziere

Die Tabellen geben den Offiziersgrad an, den ein Großrat im Zeitpunkt seiner Wahl innehatte. Offiziere, welche nicht mehr dienstpflchtig waren, haben wir unter ihrem letzten Grad aufgeführt.

Man hätte erwarten können, daß die starke Zunahme der Arbeit-

Tabelle 8

Offiziere im Großen Rat

Jahr	Freisinnige				Konservative				Zen- trum				S D	Katho- liken			Bür- gerp.			Kanton			
	Subalternoffiziere	Hauptleute	Staboffiziere	Zusammen	Subalternoffiziere	Hauptleute	Staboffiziere	Zusammen	Subalternoffiziere	Hauptleute	Staboffiziere	Zusammen		Subalternoffiziere	Hauptleute	Zusammen	Subalternoffiziere	Staboffiziere	Zusammen	Subalternoffiziere	Hauptleute	Staboffiziere	Zusammen
1875	4	5	1	10	5	3	10	18	-	-	1	1								9	8	12	29
1878	5	3	2	10	4	5	8	17	-	-	1	1								9	8	11	28
1884	6	6	3	15	3	3	7	13	-	1	1	2								9	10	11	30
1890	4	5	2	11	1	2	7	10	1	1	1	3	-	1	1					6	9	10	25
1896	5	5	2	12	5	6	5	16	-	1	-	1	1	-	1	1				11	13	7	31
1902	7	4	4	15	8	4	5	17	-	-	1	1	-	-	2	2				15	10	10	35
1905	2	8	5	15	5	4	3	12					-	-	1	1				7	13	8	28
1911	4	5	5	14	2	6	4	12					1	3	3	6	1	1	2	11	14	10	35
1914	6	7	3	16	1	6	6	13					1	4	1	5	1	1	2	13	14	10	37
	43	48	27	118	34	39	45	128	1	3	5	9	3	7	9	16	2	2	4	90	99	89	278

nehmer, die sich in der Verschiebung der Parteistärken auswirkte, den Anteil der Offiziere im Großen Rat zurückgehen ließe. Aber gerade das Gegenteil trat ein: Trotz der Zunahme der sozialdemokratischen Vertreter, unter denen sich bloß 2 Offiziere befanden, wuchs die Zahl der Offiziere im Großen Rat an.

Es waren in erster Linie die Konservativen, in zweiter die Freisinnigen, welche neben der politischen Tätigkeit auch noch Offizierspflichten übernahmen. Die Anteile der Offiziere an den Großräten machten aus: 37,1% bei den Konservativen, 22,1% bei den Freisinnigen, 30,8% bei den Katholiken und 17,4% beim Zentrum und bei der Fortschrittlichen Bürgerpartei, 23,8% auf alle 1170 Großräte.

Daß mehr als ein Drittel der konservativen Großräte Offiziere waren, zeigt ihre Bereitschaft, Führungspflichten zu übernehmen. Ihre materielle Lage als Industrielle oder Rentner ermöglichte ihnen aber auch, ihre Zeit für die militärische Laufbahn einzusetzen. Die abnehmenden Zahlen müssen mit den abnehmenden Vertreterzahlen verglichen werden. Wenn auf 53 konservative Großräte im Jahre 1875 18 Offiziere kamen und auf 23 im Jahre 1914 13, erkennt man, daß der Anteil erheblich gestiegen ist (von 34,0% auf 58,2%).

Absolut nahm die Zahl der konservativen Stabsoffiziere ab, aber im gleichen Verhältnis wie die Vertreterzahl, so daß die Anteile praktisch gleich blieben, während die Anteile der Subalternoffiziere und Hauptleute stiegen. Erlahmte die Kraft der führenden, politisch jetzt zurückgedrängten Schichten auf militärischem Gebiet? Doch wohl nicht, wenn man bedenkt, daß noch in der jüngsten Vergangenheit 2 Korpskommandanten, der 1911 zum Großrat gewählte Rudolf Miescher und Heinrich Iselin, aus ihren Reihen hervorgegangen sind.

In der Freisinnig-Demokratischen Partei zeigte sich eine leichte absolute Zunahme der Offiziere bei absteigender Vertreterzahl. Auch bei ihnen stieg also der Anteil deutlich an, von 15,6% im Jahre 1875 auf 57,1% im Jahre 1914. Während die Zahl der Subalternoffiziere absolut gleich blieb, relativ ein wenig anwuchs, nahm die Zahl der Stabsoffiziere auch absolut zu. Es waren darunter Freisinnige, die sich zu politisch und wirtschaftlich führender Stellung emporarbeiteten und zugleich die militärische Stufenleiter emporstiegen.

Tabelle 9

Verteilung der Offiziere auf die Wahlquartiere

Jahr	Quartiere								Gemeinden			Kanton	
	St. Johann	Spalen	Steinen	Aeschen	Stadt	St. Alban	Riehen	Bläsi	Horburg	Riehen	Bettingen		Kleinhüningen
1875	4	2	2	4	3	4	4	6		—	—	—	29
1878	5	2	3	2	3	2	5	6		—	—	—	28
1884	6	5	3	3	2	6	2	3	—	—	—	—	30
1890	5	3	3	3	2	3	5	1	—	—	—	—	25
1896	5	1	6	5	4	4	3	1	1	—	—	—	31
1902	5	2	3	7	4	6	5	1	1	1	—	—	35
1905	2	1	—	7	4	4	4	1	2	2	—	1	28
1911	7	4	3	8	3	1	4	—	3	2	—	—	35

Betrachten wir noch Tabelle 9. Sie gibt die Quartieranteile an den Offizieren an, die Prozentzahlen den Anteil der Offiziere an den Quartiervertretern. Offiziersfreundliche Quartiere waren (Anteile der Offiziere an den Großräten von 1875 bis 1911) das St. Johannis-

quartier (35,5%), das Aeschenquartier (34,5%), das St. Albanquartier (33,7%) und das Riehenquartier (31,4%). Mit Ausnahme des Aeschenquartiers ging diese Entwicklung mit den Herkunftsverhältnissen parallel. In diesen Quartieren war der Anteil der Altbasler, also der in ihrer Heimatstadt Verwurzelten und ihr Verpflichteten, am größten. Diese Bindung wirkte sich offenbar auch im Entschluß aus, die Offizierslaufbahn einzuschlagen. Basel war eine militärfreundliche Stadt. Das zeigte sich in den eidgenössischen Abstimmungen über die Militärorganisation, wo der Kanton Basel-Stadt 1895 mit dem größten und 1907 mit dem drittgrößten Anteil an Ja-Stimmen annahm, und in den Wahlaufrufen des 19. Jahrhunderts, wo die Großratskandidaten vom Hauptmann an aufwärts unter ihrem Militärgrad aufgeführt wurden.

Wir können nicht alle Obersten nennen, sondern beschränken uns auf diejenigen, die Heereseinheiten geführt haben oder durch schriftstellerische Tätigkeit herausgestochen sind.

Oberst Samuel Bachofen (freisinnig) lehnte das ihm angebotene Divisionskommando ab.

Oberst Joh. Rud. Paravicini-Vischer (konservativ), Generalstabschef 1870/71.

Oberstdivisionär Rudolf Merian-Iselin (konservativ), Kommandant 4. Armeedivision 1871/76.

Oberstkorpskommandant Isaac Iselin (konservativ), Kommandant 2. Armeekorps, 1912–1917.

Oberst Heinrich Heusser (konservativ), bekannter Mitarbeiter an den beiden schweizerischen Militärzeitungen.

Oberstkorpskommandant Rudolf Miescher (konservativ), Kommandant 3. Armeekorps, 1934–1941³¹.

f) Verwaltungsräte

Der Versuch, die Beziehungen der Großräte zu den führenden Wirtschaftsgremien festzustellen, scheint nicht ergiebig zu sein. Wir haben als Verwaltungsrat gezählt, wer während seiner Amtszeit einem Verwaltungsrat angehörte. Meistens ging die Wahl in die politische Behörde der Wahl in eine Geschäftsführung voraus; nur Familienmitglieder wurden bereits in jungen Jahren als Verwaltungsräte ihres Familienunternehmens eingesetzt. Mancher war schon nicht mehr Mitglied des Großen Rates, wenn er Verwaltungsrat wurde.

³¹ H. A. Vögelin, Basler Armeeführer vom Sonderbundskrieg bis zum Zweiten Weltkrieg, 141. Neujahrsblatt, Basel, 1963.

Tabelle 10

Verwaltungsräte im Großen Rat

Jahr	Parteien							Kanton
	Freisinnige	Konservative	Zentrum	Sozialdemokraten	Katholiken	Männerver. Spalen	Bürgerpartei	
1875	7	13	4					24
1878	7	18	5					30
1884	13	14	2					29
1890	14	15	2	—	—			31
1896	16	17	2	1	—			36
1902	16	11	1	—	—			28
1905	16	13		1	1	—		31
1911	8	6		1	1	—	1	17

Wir haben nur die in Basel eingetragenen Unternehmungen untersucht, und auch nur so weit als im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv Jahres- oder Geschäftsberichte vorhanden sind. Es fehlt also in unserer Zusammenstellung jede Verwaltungsratstätigkeit in nicht-baslerischen Firmen; es fehlt auch die Tätigkeit in Firmen, die keine Jahresberichte herausgaben.

In Basel wird nicht davon gesprochen, in welchen wirtschaftlichen Gremien ein Basler tätig ist; Leichenreden und Nachrufe schweigen sich darüber aus.

Schließlich fehlt auch das Jahr 1914, da die Untersuchung bereits mit dem Jahr 1911 abgeschlossen worden ist. Mit Sicherheit ist aber anzunehmen, daß die Zahl der Verwaltungsräte größer ist als angegeben.

Natürlich sagt die Tabelle nicht aus, wievielen Verwaltungsräten ein Großrat angehörte. Mancher Volksvertreter war Mitglied bloß eines einzigen Verwaltungsrates – im Unterschied zu Wirtschaftsführern wie Joh. Rud. Geigy-Merian, Dr. Paul Scherrer und Bernhard Jäggi, die zahlreichen Verwaltungsräten angehörten.

Immerhin: Von 1875 bis 1905 blieben die Zahlen gleich. 30, also nicht ganz ein Viertel aller Großräte, sind mit Sicherheit als wirtschaftlich führend erwiesen. Hinzuzuzählen sind die Fabrikanten, Bankiers und Teilhaber an Kollektivgesellschaften. Die Zahlen sind

also etwas höher als die der Offiziere anzusetzen. Es ergibt sich, daß ein Viertel des Großen Rates zur wirtschaftlich führenden Elite gehörte und die politischen und zugleich die wirtschaftlichen Geschicke des Kantons beeinflußte.

Es fällt auf der starke Rückgang im Jahre 1911. Zum Teil läßt er sich erklären: In den Jahren 1905, 1908 und 1911 wurden viele neue und junge Großräte gewählt. Die Vertreter der zur stärksten Partei aufgestiegenen Sozialdemokraten waren zum großen Teil Arbeiter; auch die katholischen Ratsmitglieder gehörten nicht den reichen Schichten an, sondern stammten aus dem Mittelstand; Freisinnige und Liberale schließlich stellten 1905 zusammen noch 81 Vertreter, 1911 nur noch 59.

Innerhalb dieser beiden Parteien zeichneten sich bloß geringe Unterschiede ab. Die Zahl der konservativen Verwaltungsräte nahm im Verhältnis zur Zahl der Großräte bis 1905 leicht zu. Im Zentrum waren verhältnismäßig am meisten Verwaltungsräte vertreten, durchschnittlich ein Drittel: Die Zentrumsleute waren ja eben als Politiker zurückhaltend, einige von ihnen nur an der Wirtschaftspolitik besonders interessiert. Die Zahl der freisinnigen Verwaltungsräte stieg konstant von 1875 bis 1905, obwohl die Vertreterzahlen von 1884 an ständig zurückgingen: Als die Freisinnige Partei zur mächtigsten Partei geworden war, erhielten und verschafften sich ihre Angehörigen vermehrt Zutritt in die Verwaltungsräte der Aktiengesellschaften. Der wirtschaftliche Einfluß des Freisinns wuchs also zwischen 1875 und 1905 beträchtlich an.